

Sehr geehrte Abgeordnete des Landtags Schleswig-Holstein,

ich bin die von der Niqab-Richtlinie betroffene Studentin und schreibe Ihnen als besorgte Muslima, als Frau, als Studentin und als Bürgerin dieses Landes.

Mit Entsetzen nehme ich die Entwicklungen in unserem schönen Land Schleswig-Holstein und in Deutschland sowieso wahr. Und ich schreibe dem Landtag, weil mir die Zukunft unserer Gesellschaft wichtig ist und sich längst eine erschreckende Tendenz gebildet hat. Und wenn Sie nicht eine vielleicht noch größere Spaltung und Spannung zwischen der Mehrheitsgesellschaft und der Minderheit auslösen wollen, dann nehmen Sie meine folgenden Worte bitte ernst.

1.075 islamfeindliche Übergriffe gab es 2017 auf Muslime und islamische Einrichtungen laut einer Statistik des Bundestags. Die Dunkelziffer ist laut Experten um das Acht- bis Zwölfwache höher. Und noch gestern wurde in einer Moschee in Bremen das heilige Buch der Muslime, der Koran, auf der Toilette in Stücke gerissen und darauf exkrementiert. Man müsse sich nur die Empörung und den Aufschrei imaginieren, den es gegeben hätte, hätte es die Thora der Juden in einer Synagoge getroffen. Die im Januar 2015 publizierte Untersuchung des Religionsmonitors der Bertelsmann Stiftung hat aufgezeigt, dass 57% der deutschen Mehrheitsbevölkerung den Islam als Bedrohung wahrnehmen und 61 % der Meinung sind, der Islam passe nicht in die westliche Welt. In östlichen Regionen Deutschlands, wo kaum Muslime leben, ist die Ablehnung am größten. Ich selber erlebe nicht einen Tag, den ich alleine rausgehe, ohne Anfeindungen.

Die Stiftung für die internationalen Wochen gegen Rassismus hat natürlich in Berufung auf zahlreicher, wissenschaftlicher Werke und Publikationen (die Sie in der dazugehörigen Broschüre erwähnen) herausgegeben, dass neben den geschichtlichen Ursachen und der Pauschalisierung von religiösem Extremismus, Politik, Medien und kurioserweise der Verfassungsschutz teilweise selber mit an dieser Entwicklung Schuld sind. Ich zitiere: *„Insbesondere im Zusammenhang mit Wahlkämpfen gibt es politische Kampagnen, die mit populistischen Unterstellungen agieren und sich an unterschiedlichen Themen festmachen: Kopftuch, Scharia, Schächten, Konvertiten, eine angeblich religiös sanktionierte Erlaubnis zur Täuschung (Taqiyya), vermeintliche »Ehrenmorde« oder ein Verbot von Minaretten. Dazu kommen geschürte Ängste vor einem »Aussterben der Einheimischen«, der »Außensteuerung« von Moscheegemeinden, der Gefahren von »Parallelgesellschaften«, eine vermeintlich stärkere Gewaltbereitschaft von Muslimen und die Gefahr der Ausbreitung von Extremismus“* und *„Negative Darstellungen von Muslimen in den unterschiedlichen Medien sind wesentlich häufiger, bleiben stärker im Bewusstsein haften und bestätigen Vorurteile. Die verbreiteten positiven Erfahrungen des guten Zusammenlebens von Muslimen und Nicht-Muslimen werden kaum zu den guten Sendezeiten und auf den Titelseiten dargestellt. Gute Nachrichten sind – wie bei den meisten anderen Themen auch – keine Nachrichten. Die jährlichen Berichte des Bundesamtes und der Landesämter für Verfassungsschutz haben seit langem hervorgehoben, dass es eine Zunahme des »Islamismus« in Deutschland gibt. Nachdem das durch Zahlen nicht mehr zu begründen ist wurde von einer ständigen Zunahme des »Salafismus« gesprochen. Dabei wird größtenteils ausgeblendet, dass sich die meisten als Salafisten bezeichnenden Muslime an der Zeit von Muhammad orientieren, religiöse Regeln streng beachten und unpolitisch sind. Sie stellen keine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar. Das ist anders bei den extremistischen Salafisten, die zahlenmäßig zunehmen und als Gefährder eingestuft werden, aber insgesamt überschaubar sind. Hier sollte unterschieden werden, was leider nur selten erfolgt. Medien greifen diese Berichte häufig unkritisch auf und übertreiben sie noch“*

Was wir hier also sehen ist eine zunehmende bewusste Dämonisierung des Islams und der Muslime zugunsten verschiedener Interessen und zur gleichen Zeit eine steigende Undifferenziertheit in Politik und Medien und steigende Ängste und Spannungen in der Bevölkerung.

Das führt wiederum zu weiteren Übergriffen und Gewalttaten gegenüber Muslimen, was extreme Strömungen wieder bestätigt, da sie unterstellen das Muslime in Deutschland verfolgt und bekämpft werden und sie wiederum dazu verleitet mit dem islamischen Recht unvereinbare Gewalttaten oder gar Anschläge zu verüben. Sie sehen ein Teufelskreis, in den unsere Gesellschaft hereingeraten ist. Und wie durchbrechen wir diesen nun? Indem wir die Muslime, entweder aus den Alltagssituationen und der Öffentlichkeit verbannen, die sie in Kontakt mit der Mehrheitsgesellschaft bringen? Oder sie zwingen ihre Werte und Normen aufzugeben, die das Grundgesetz ja eigentlich schützt, wenn sie nur grundlegende Partizipation, Teilhabe oder normale Lebensbestreitung in Anspruch nehmen?

Das kann doch nicht der Weg sein. Abgesehen davon, dass so ein Schritt mit dem Grundgesetz aus mehreren Perspektiven und der UN-Menschenrechtscharta nicht vereinbar ist, sollte doch eine sich für aufgeklärt haltende, offene, freiheitliche, pluralistische Gesellschaft, wissen, dass der Kontakt miteinander, der Diskurs zwischen den diametral-lebenden Gesellschaftsgruppen und die Toleranz einander gegenüber, die Stabilität und den Frieden der ganzen Gesellschaft fördern und nicht Verbote, Ausschluss und Hetze.

Und genau das tut ein gesetzliches Verbot vom Niqab an den Universitäten. Es bezweckt nichts anderes, als das gläubigen Muslimas, die der islamrechtlich legitimen und gültigen Auffassung folgen, dass das Gesicht zu bedecken ist, verwehrt wird eine höhere akademische Bildung wahrzunehmen. Und damit auch bestimmte Partizipation in der Gesellschaft und an ihrer Zukunft leisten zu können. Mehr wird nicht erreicht. Es gibt keine einzige Zahl über Frauen, die studieren und dazu gezwungen werden den Niqab zu tragen, deshalb können wir davon ausgehen, dass diejenigen die das tun, freiwillig so einen Schritt gehen. Sie gehen mit ihrer Lebensauffassung auf die Gesellschaft zu. Würde man die Gesellschaft und ihre Werte hier völlig ablehnen, würde man niemals so einen Schritt gehen. Wohlgedenkt, auch noch an den Ort wo die geistigen Diskussionen stattfinden, wo der Fleiß, die Akribie und die Wissenschaftlichkeit und nicht die private Lebensauffassung zählt oder gar ausschlaggebend ist. Das ist doch unser Verständnis einer modernen Universität im Jahre 2019.

Wir sind doch dem Zeitalter entwachsen, indem Herkunft, Reichtum oder Konformität den Zugang zu Bildung bedingen. Und dem Vorwurf der CAU, dass es sich beim Niqab um ein Kommunikationshindernis handle, müssten wir uns normalerweise nicht widmen, da es eigentlich den Intellekt des Befürworters infrage stellt, aber dennoch wird es als Ausschlussvorwand instrumentalisiert, weshalb ich darauf eingehen will. Nicht nur, dass über 200 Universitätsmitarbeiter derselben Universität, darunter zahlreiche Professoren, Professorinnen, Dozenten und Dozentinnen für die Aufhebung der Richtlinie unterschrieben haben und sich von ihr distanzieren, sie erwähnten gleichermaßen wie „widersprüchlich und wenig tragfähig“ die Argumentation dahinter ist;

„In zahlreichen Studiengängen der CAU gehört ein verhülltes Gesicht weitgehend zum Lehr- und Prüfungsgeschehen: Studierende der Medizin- und Zahnmedizin, sowie Studierende all derjenigen Studiengänge, die Laboraufenthalte oder Feldforschung umfassen, tragen während bestimmter Unterrichtseinheiten und z.T. auch bei Prüfungen einen Mund- und Kopfschutz, der lediglich die Augen frei lässt. Niemand von uns hat je davon gehört, dass die eingeschränkte Wahrnehmbarkeit der Mimik der Studierenden hier als Hindernis erfolgreicher Lehre bemängelt würde.

Im Sommersemester 2017 hat die CAU für große Teile der angebotenen Seminare die Anwesenheitspflicht abgeschafft. Darin ist impliziert, dass nicht nur die „offene Kommunikation“ über „Mimik und Gestik“, sondern die persönliche Kommunikation per se im Rahmen der universitären Lehre als obsolet erachtet werden. Wenn also nicht einmal die Anwesenheit der Studierenden erforderlich ist, wird unverständlich, warum diese aufgrund einer Kleidungs Vorschrift von

Lehrveranstaltungen ausgeschlossen werden sollten, zu denen sie theoretisch gar nicht erscheinen müssten.

Auch bei Modulen mit Anwesenheitspflicht sieht ein hoher Prozentsatz der Lehrveranstaltungen schriftliche Prüfungsformen vor. Sieht man die finale Prüfungsleistung der Studierenden als primären Ausweis erfolgreicher Lehre an, so spielen Mimik und Gestik hier also überhaupt keine Rolle. Auch bei mündlichen Prüfungsleistungen wie Referaten oder Prüfungsgesprächen werden stets die inhaltlichen, ggf. auch die sprachlichen Aspekte der Ausführungen der Studierenden bewertet. Das äußere Erscheinungsbild sowie der Gesichtsausdruck sind für die Benotung irrelevant - im Gegenteil:

Es wäre außerordentlich unprofessionell und ungerecht, wenn derlei Kriterien in die Bewertung von Studienleistungen einfließen. Eine Regelung, die auf der Sichtbarkeit und Bewertbarkeit mimischen Ausdrucks in der universitären Lehre insistiert, führt darüber hinaus zur Diskriminierung von Menschen, denen das Erkennen oder Verwenden mimischer Zeichen nicht möglich ist. Dies betrifft Krankheitsbilder wie Asperger-Autismus und Alexithymie, aber auch körperliche Behinderungen.“

Zudem reicht schon der logische und ehrlich eingesetzte Menschenverstand um zu bedenken, dass die Mimik der Studierenden, vielleicht ab der dritten Reihe der Hörsäle, nicht mehr erkannt oder gar analysiert werden kann. Und wieso haben scheinbar noch zu all dem, andere Professoren außer dem Initiator und das Präsidium, eine andere Auffassung von dem was „Grundvoraussetzung“ für erfolgreiche Kommunikation in Lehre und Studium ist. Schließlich handelt es sich doch um eine Grundvoraussetzung, die müsste doch auf einem Konsens beruhen, wenn sie den Erfolg von Lehre und Studium bedingt. Abgesehen davon, widerspricht dieser Vorwurf auch den Lehren und Erkenntnissen der Kommunikationswissenschaft. Die Absurdität dieser Behauptung wird aber am stärksten dadurch aufgedeckt, dass man doch mit Niqab jederzeit ein Fernstudium absolvieren kann - ohne jegliche Probleme. Haben Fernuniversitäten etwa andere Grundvoraussetzungen für Kommunikation? Oder funktioniert Lehre und Studium dort nicht?

Wenn die CAU mit ihrer Richtlinie aber nur meint, dass sie eine andere kulturelle Prägung und Vorstellung von Kommunikation und Interaktion hat und es daher verboten wurde, so stellen sich ganz andere Fragen zu institutionellem Rassismus und Diskriminierung. Ein bloßes Unbehagen vor dem „Fremden“ reicht nun mal in Deutschland nicht aus für ein Verbot. Sonst hätte ich nicht dagegen klagen können und mir Anwälte nicht ihre Unterstützung zugesagt, wie auch die Anti-Diskriminierungsstelle des Landes und der Anti-Diskriminierungsbeauftragten der CAU selber, die das ebenso als Diskriminierung verurteilten.

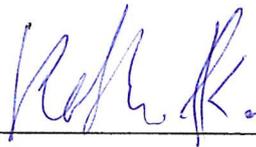
Und da diese Vorwände alle scheitern, gibt es noch diejenigen, die den Niqab vom Islam trennen möchten, um damit letztlich ein Verbot einfacher durchsetzen zu können. Dieser soll nämlich dann nicht mehr unter die Religionsfreiheit oder die freie Religionsausübung fallen. Aber auch hier sollte verinnerlicht werden, dass der Niqab keine Beduinenpraxis zum Schutz vor Hitze oder Sandstürmen in der Wüste ist oder ein Alleinmerkmal radikaler Ausprägungen des Islams ist. Denn es ist ein Konsens, dass die mekkanischen Frauen vor dem Islam nur mit einer Art Schal den Kopf umwickelten und Haare und Nacken unbedeckt ließen wie auch Ausschnitte hatten. Mit der Offenbarung eines bestimmten Verses zogen sie sich weite Gewänder an und bedeckten ihre Gesichter. Und diese Gefährtinnen stellen für alle Muslime und Muslimas die Idealgeneration dar, ob sie sich als Salafisten bezeichnen und sehen oder nicht. Der Niqab ist daher in allen vier großen Rechtschulen des Islams, die überall auf der Welt unterrichtet werden, ein großer Gottesdienst, nur ob er dadurch verpflichtend oder erwünscht ist, da gibt es Meinungsunterschiede.

Letzten Endes macht so ein Verbot in Anbetracht der gesellschaftlichen Situation und dem Ziel der Bewahrung des öffentlichen Friedens keinen Sinn, ist mit dem Grundgesetz unvereinbar und inhaltlich nicht kohärent oder substantiell. Statt, dass ich und alle zukünftigen Niqab-Trägerinnen, die

studieren wollen, mit der Gesellschaft interagieren und an ihrer positiven Formung partizipieren, werden wir exkludiert. Gerade an einem Ort, der den geistigen Diskurs und die Pluralität fördern sollte, erleben wir damit genau das Gegenteil – das unreflektierte Diktat und den Ausschluss.

Uns allen ist doch ein friedliches Zusammenleben wichtig, in dem wir unseren Plänen und Vorstellungen von unserer Lebensgestaltung nachgehen können, wie wir es wünschen solange wir das Grundgesetz nicht verletzen. Ganz im Gegenteil ich kämpfe in diesem Moment eher für die Einhaltung des Grundgesetzes, als all die Verfechter, die dieses Verbot heraufbeschwören wollen. Ich möchte keine weitere Verschärfung der Situation und könnte mich dem einfach entziehen, schweigen, die Universität wechseln oder ein Fernstudium beginnen. Niemandem würde das auffallen. Doch werde ich das nicht tun, denn durch meine Klage dagegen und die Verhinderung dessen, werde ich eher einer Zuspitzung der jetzigen Situation entgegenwirken, als all die angeblichen Retter des christlichen Abendlandes, die nur ein stark erkennbares, islamisches Äußeres nicht ertragen können. Schließlich werden beide Extreme, rechtsradikale Populisten und radikale Islamisten, so ein eventuelles Verbot vereinnahmen.

Wir können auf diesem Weg also kooperieren, sie als Repräsentanten des Volkes mit mir als muslimische Mitbürgerin und Repräsentantin aller Studentinnen mit Niqab, die es sich wünschen zu studieren und zusammen ein Umdenken beginnen, dass nicht in Verboten kommuniziert. Indem muslimische Frauen nicht mehr nur als Putzfrau akzeptiert werden, sondern auch als gebildete Wissenschaftlerinnen und aktive Frauen in der Gesellschaft - mit Niqab, wie es in anderen westlichen Ländern bereits der Fall ist. Ein Verbot wird die Situation in Deutschland nur verschärfen und hat keinen Frieden im Sinn.



Katharina K., 10.06.2019, Kiel